



Europäisches Eisenbahnnetz

Um eine effiziente Nutzung des europäischen Eisenbahnnetzwerks zu ermöglichen, hat das Parlament die Wettbewerbsregeln auf der Schiene verschärft. Diese Regeln zielen darauf ab, das Angebot von internationalen Fracht- und Passagierdienstleistungen zu beleben und deren Qualität zu verbessern. Für eine erfolgreiche Liberalisierung des Eisenbahnmarktes sei laut Ferber erforderlich, transparente Vorschriften für die Berechnung von Trassenpreisen einzuführen sowie technische Harmonisierung voranzutreiben. "Es darf nicht sein, dass ein LKW-Fahrer durch Europa freie Fahrt hat, aber ein deutscher Schaffner an der französischen Grenze seine Lok für einen französischen Kollegen aus technischen, rechtlichen und politischen Hindernissen räumen muss."

Neue Tachographenregeln

Der digitale Fahrtenschreiber kontrolliert, dass die Gruppe der Berufskraftfahrer die Lenk- und Ruhezeiten einhalten. Unterschiedliche Regeln in den Mitgliedstaaten führten in der Vergangenheit zu Wettbewerbsverzerrung und zu einem erhöhten Risiko bei der Straßenverkehrssicherheit. Das Parlament verabschiedete diese Woche einheitliche Regeln. "Das aktuelle Gesetz legt den Einsatz eines digitalen Tacho-

graphen ab einem Radius von 50 km fest, das Parlament stimmte für eine Änderung auf 100 km." Eine sinnvolle Lösung wäre laut Ferber, wenn der Anwendungsbereich nach der Haupttätigkeit eines Unternehmens definiert würde. Demnach würden künftig alle Betriebe, die ihrer Aufgabe nach keine reinen Transportunternehmen sind, nicht unter die Verordnung fallen.

ACTA

Das Parlament lehnte diese Woche das Handelsabkommen ACTA ab. Ferber begrüßte generell die Entscheidung und erklärte: "Das Votum ist angesichts der zahlreichen offenen Fragen, hinsichtlich der Datenschutzregeln richtig. Ich verstehe die großen Bedenken vieler Bürgerinnen und Bürger, die momentan um die Beschneidung ihrer Grundrechte im Internet durch das Abkommen fürchten. Dennoch wäre es klüger gewesen, das Dossier an den Handelsausschuss des Europäischen Parlaments zurückzuweisen, um das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zum ACTA-Abkommen abzuwarten und dann das Parlament darüber abstimmen zu lassen."

Ratspräsidentschaft an Zypern

Zum 1. Juli hat die Republik Zypern von Dänemark für die

zweite Hälfte 2012 die Ratspräsidentschaft übernommen. Nicht nur die innenpolitischen Probleme und die Schuldenkrise überschatten die Übernahme der Ratspräsidentschaft, auch die anstehenden Aufgaben auf europäischer Ebene sind zu bewältigen. "Dabei steht die Verhandlungen zum EU-Finanzrahmen für die Jahre 2014-2020 und die Vertiefung der Fiskalunion im Mittelpunkt. "Zypern könnte sicher wichtige Impulse setzen. Ein kleines Land kann manchmal mehr erreichen als ein großes, weil es oft weniger eigene Interessen vertreten muss", so Ferber.

Europäischer Rat

Einen Wachstumspakt über 120 Milliarden Euro, eine europäische Bankenaufsicht und die Möglichkeit, marode Banken direkt mit neuem Kapital zu versorgen: über diese Ergebnisse des Gipfels der letzten Woche führten die Abgeordneten eine heftige Debatte in Straßburg. Ferber hält den Beschluss, Banken aus dem Rettungsschirm zu refinanzieren, für sehr gefährlich. "Da wurde eine Schleuse geöffnet, die nur sehr schwer wieder zu schließen ist. Das Parlament wird deshalb bei der Umsetzung der europäischen Bankenaufsicht sehr strenge Anforderungen durchsetzen, damit Banken, die Geld brauchen, auch strikt überwacht werden."